

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III
Telephon: Amt Königsplatz, Nr. 1073.

Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgebühren sind an Otto Sehm s., Berlin O. 27, Andreasstr. 61 III, zu richten. Postfachkonto Berlin 5386.

Karl Hübsch

25 Jahre Verbandsvorsitzender (1892—1917)



In Vierteljahrhundert ist in einigen Tagen verstrichen, seit jenem Zeitpunkt, wo unserem Karl Hübsch die Leitung des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes übertragen wurde. Es geschah dies durch eine Versammlung der Filiale Berlin, die am 7. November 1892 stattfand. Der Filiale Berlin war auf der Gründungsverammlung des Verbandes in Pößneck, im Jahre 1891, die Wahl des Verbandsvorstandes übertragen worden. Sie hatte zuerst den Weber Paul Petersdorf zum Verbandsvorsitzenden gewählt und wählte den Arbeiter Karl Hübsch in dieses Amt, nachdem Petersdorf nach einjähriger Amtsdauer seine Tätigkeit aufgab. Ein Vierteljahrhundert, das ist schon eine beachtenswerte Spanne Zeit. Tausenden und aber Tausenden von Textilarbeitern ist es nicht vergönnt, eine solche lange Berufstätigkeit auszuüben. Und doch soll damit nicht etwa gesagt sein, daß die fünfundsanzwanzigjährige Tätigkeit unseres Kollegen Hübsch

an der Spitze der Textilarbeiterorganisation keine aufreibende gewesen sei. O nein! Im Gegenteil! Es waren diese 25 Jahre eine Zeitspanne ungewöhnlich aufreibender Tätigkeit im Dienste der Interessen der deutschen Textilarbeiterschaft, und es zeugt von einer sehr zähen Konstitution unseres Jubilars, daß er diese aufreibende Tätigkeit gesundheitslich verhältnismäßig gut überstanden hat. Was diese 25 Jahre Tätigkeit an der Spitze der größten deutschen Textilarbeiterorganisation für einen Mann wie Hübsch bedeuten, bedeuten an physischem und geistigem Kräfteverbrauch, das kann nur beurteilen, wer mit mitemdrin steht in diesem Gewühl der aufeinander einstürmenden Gegensätze im Wirtschaftsleben der Textilindustrie.

Hübsch fand, als er sein Amt antrat, noch keine Situation vor, die es ihm ermöglicht hätte, die deutsche Textilarbeiterschaft den Zielen näherzubringen, die sich die Organisation gesteckt hatte. Diese Situation mußte erst geschaffen werden. Aufgabe aber mußte erst werden die Organisation, zu deren Leitung Hübsch berufen worden war. Das war vor 25 Jahren nicht leicht. Nicht nur das erschwerte die Sache, daß der Agitationsapparat vollständig fehlte, sondern auch die deutsche Textilarbeiterschaft vor 25 Jahren noch weit stärker wie heute in den Fesseln des Stumpfsinns und der Gleichgültigkeit schmachtete. Der Alkoholeufel war damals noch sehr stark vertreten in den Kreisen der Textilarbeiter. Dazu kam, daß es das Unternehmertum zu jener Zeit auch schon nicht fehlen ließ an Brutalität gegenüber den Arbeitern, die das Bewußtsein brüderlicher und schweherlicher Solidarität erlangt hatten.

Es war sehr steiniger Boden, auf dem Karl Hübsch vor 25 Jahren zu adern begann, um ihn vorzubereiten für das Einpflanzen der Organisation. Gar manches Mal mußte dieses Einpflanzen wiederholt werden, ehe es gelang, eine lebensfähige Pflanze der Organisation wurzeln zu lassen. Sechstausend Mitglieder waren im ganzen Reich vorhanden, als Karl Hübsch seine Tätigkeit begann. Zehn Jahre später waren es rund 38 000 und weitere zehn Jahre später, im Jahre 1912, rund 140 000 Mitglieder. 1892 besaß die Organisation ein „Vermögen“ von 1466 Mk., etwa soviel wie heute eine gutgeleitete mittlere Ortsverwaltung an Vermögen aufweisen kann. Karl Hübsch mußte daher auch dieser geringen finanziellen Mittel wegen jahrelang seine Kraft für die Ausbreitung der Organisation nur im Nebenamt einsetzen. Die Arbeit in der Wirkerei mußte den Unterhalt für die Familie liefern und die Tätigkeit für die Organisation mußte in der Hauptsache beschränkt werden auf die Abende und die Sonn- und Feiertage. In jenen ersten Tätigkeitsjahren hat Karl Hübsch nicht viel Sonntage für seine Familie gehabt. Sonntag für Sonntag galt es hineinzufrähen ins Land, um den Samen der Organisation auszustreuen oder Pflegearbeit an der Organisation zu verrichten. Und des Wochentags, wenn die Fabrikarbeit zu Ende war, mußte die Korrespondenz erledigt und die Expedition der Verwaltungsgegenstände besorgt werden.

Heute, wo wir den eingearbeiteten Agitations- und Verwaltungsapparat besitzen, ist es sicher erwähnenswert, wie im Anfang diese Arbeit verrichtet werden mußte. Erst allmählich gelang es, im Lande Kollegen und Kolleginnen zu finden, die sich in tatkräftiger Weise mit in den Dienst der jungen Organisation stellten und sie großziehen halfen. Auf der außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes in Augsburg in diesem Jahre, wo ihm auf dem Kommerz eine würdige Anerkennung dargebracht wurde, hat auch Karl Hübsch dankbar jener Männer und Frauen gedacht, die in den 25 Jahren seine Mitarbeiter waren im Aufbau der Organisation. Fünfeinhalb Jahre hat Karl Hübsch die Leitung des Verbandes neben seiner Fabrikarbeit besorgen müssen. Die Arbeit hatte sich aber längst derart gehäuft, daß seine ganze Kraft für die Organisation nötig war. Die Verbandsgeneralversammlung in Gera im Jahre 1898 beschloß endlich, neben dem Kassierer, dem verstorbenen Kollegen Georg Treue, auch den Verbandsvorsitzenden fest anzustellen. Bis dahin hatte Hübsch für seine Tätigkeit 200 Mk. im Jahre erhalten. Vom Mai 1898 ab konnte sich nun Hübsch vollkommen der Organisationsstätigkeit widmen. Es war das um so dringender nötig, als damals schon im ganzen Lande Lohnbewegungen im Gange waren, die häufig zu Streiks führten, zu denen dann die Organisationsleitung gerufen wurde. Unangenehme Missionen waren solche Reisen in die Streikorte auch

damals nicht. Die Organisationsleitung hatte auf die Vorbereitung solcher Streiks meist keinerlei Einfluß gehabt und Hübsch fand da oft eine Situation vor, die keineswegs ideal genannt werden konnte. Solche Situationen erforderten dann große Umsicht und Geschicklichkeit, um beim etwaigen Fehlschlagen der mangelhaft vorbereiteten Aktionen zu verhüten, daß das Vertrauen zur gemeinsamen Kraft der Arbeiter verloren ging. Wenn Karl Hübsch jetzt zurückblickt auf seine fünfundsanzwanzigjährige Tätigkeit, so wird er sich unzähliger Missionen dieser Art erinnern. Es gab eine Zeit, wo die Gegner der Arbeiterbewegung appellierten an die niedrigsten Instinkte in der Bevölkerung und das Leben der Agitatoren schilderten als ein sehr unangenehmes Dasein. Nun, Karl Hübsch wird, wenn er an seine 25 Jahre Verbandsarbeit zurückdenkt, sicherlich nicht das Empfinden haben, daß es ein angenehmes Dasein gewesen wäre. Manch Unverständiger wird sagen, nun, wenn es nicht angenehm war, sich der Brandung des Interessenkampfes zwischen Kapital und Arbeit auszusetzen, warum gibt man dann nicht diese Tätigkeit auf? Sene, die so reden, die übersehen eben, daß die Bewegung der Arbeiterklasse auch getragen sein muß vom Idealismus. Für all das Unerfreuliche, was dabei in Kauf genommen werden muß, läßt sich überhaupt ein materieller Ausgleich gar nicht schaffen. Nur der unzerstörbare, immer wieder hoffnungsfreudige Idealismus kann all die unerfreulichen Begleitererscheinungen überwinden, die im Dienste der Arbeiterbewegung zu überwinden sind. Und den dazu erforderlichen Idealismus besaß und besitzt auch unser Karl Hübsch. Dieser echte Idealismus hat ihn hinweggeholfen über manche bittere Erfahrung. Alle, die in den 25 Jahren näher mit ihm in Berührung gekommen sind, werden seiner Selbstlosigkeit, seinem Drang zu gerechter Würdigung von Personen und Verhältnissen hohe Anerkennung zollen. Niemand kann es allen Leuten recht machen; auch Karl Hübsch kann das nicht. Darauf aber kommt es auch gar nicht an, sondern darauf, daß man den Willen hat, alles gerecht zu machen. In diesem Willen zur Gerechtigkeit liegt ein großer Teil des Vertrauens der Mitglieder zur Organisation. Dieser Wille zur Gerechtigkeit, vorhanden in der leitenden Person des Verbandes, er ist gewissermaßen der Anker für die Organisation. Und dieser Wille zur Gerechtigkeit, er lebt in Karl Hübsch. Möge es so bleiben, so lange es ihm vergönnt ist, an der Spitze der Organisation zu stehen; hoffentlich noch recht lange.

Wir stehen jetzt vor einer sehr dunklen Zukunft. Sicher erwartet uns eine Zeit großer wirtschaftlicher Auseinandersetzungen mit dem kapitalistischen Regime. Da benötigen wir mehr denn je die reichen Erfahrungen, die Karl Hübsch in den wirtschaftlichen Kämpfen der Vergangenheit gesammelt hat. Reich sind die 25 Jahre an wirtschaftlichen Kämpfen gewesen. Nur einige der markantesten seien hier erwähnt. Da war schon in der ersten Periode des Verbandes, im Jahre 1896, der große Tuchmacherstreik in Cottbus.

Ganz besonders markant hob sich dann heraus aus dem Kampfgewühl der Kampsum den Zehnjahrestag in Crimmitschau im Jahre 1903. Der Kampf, der nicht nur die gesamte klassenbewußte Arbeiterschaft Deutschlands mächtig aufpeitschte, sondern weit darüber hinaus, nahezu in der ganzen Welt opferfreudige Sympathie erweckte, er schlug Bresche für den Zehnjahrestag. Ein Jahr später kam es zu einem großen Kampf im Gebiet der sächsisch-thüringischen Textilindustrie. 1904—1906 waren Jahre ungewöhnlich zahlreicher und auch erfolgreicher Kämpfe. 1907/08 kam es zu einer Absperrung in der Seidenindustrie Krefelds und in dem Jahre 1908 auch noch zu dem gewaltigen Kampfe im Gebiet der erzgebirgischen Strumpfwirkerei. Weitere große Kämpfe fanden statt 1913 in der Krefelder Färbereindustrie und ein Jahr später in der Tuchindustrie in der Lausitz. Zwischen den hier erwähnten Kämpfen, bei denen es sich immer um viele Tausende von ausständigen oder ausgesperrten Arbeitern und Arbeiterinnen handelte, liegen natürlich viele Hunderte anderer Wirtschaftskämpfe der Textilarbeiter. Und wohl fast bei allen diesen Wirtschaftskämpfen hat Karl Hübsch in irgendeiner Weise tätig sein müssen. Wenn es eine ganz besonders heikle Angelegenheit zu regeln galt, so wurde sie Karl Hübsch zur Regelung übertragen. Und so haben wir ihn Dutzende Male hinausziehen sehen, mit einer Aufgabe betraut, von der jeder wußte, daß es äußerst schwer sein werde, sie zu erfüllen. Es sei heute, wo es sich ziemt, einen Rückblick zu werfen auf vergangene Zeiten, ganz besonders dankbar gerade dieser, große Befonnenheit erforderlichen Tätigkeit unseres sehr geschätzten Kameraden gedacht. Wir verbinden sicher den Wunsch aller Verbandsmitglieder, die Karl Hübsch persönlich kennen, mit dem unsrigen, wenn wir aussprechen, daß es unserem im Kampf und Drang ergaunten Führer mit seinem erfreulicherweise noch immer jugendfrischen Gesicht und frohen Gemüt noch recht lange vergönnt sein möge, an der Stelle zu stehen, an die man ihn am 7. November 1892 rief.

Eine neue Zeitperiode der Weltgeschichte bricht an. Da soll es uns freuen, in dem Ringen der Textilarbeiterschaft Deutschlands um Licht und Leben, unseren Karl Hübsch noch lange mit an vorderster Stelle stehen zu sehen. In diesem Sinne die herzlichsten Glückwünsche an ihn und für den Verband!

Inhalt: Karl Hübsch. — Max Silberstein †. — Beschlagnahme von Spinnpapier und Papiergarn. — Eine Konferenz der Papierbandwirker Deutschlands. — Zur Erwerbslosenfürsorge. — Gibt es zwei Arten von Kriegerfrauen? — Aus der Textilindustrie. — Vermischtes. — Berichte aus Fachkreisen. — Verbandsangelegen.

Max Silberstein †.

Die Sterbetafel der vorigen Nummer unseres Fachblattes verzeichnete unter den gestorbenen Mitgliedern, unter Berlin, auch den Kollegen Max Silberstein. Kollege Silberstein ist am 14. Oktober d. J. nach einem mehrtägigen Krankenlager gestorben. Er war seit einer Reihe von Jahren Mitglied unseres Zentralvorstandes und trotz seines hohen Alters ein eifriges Mitglied desselben, das regen Anteil nahm an den Arbeiten für die Organisation. Er dürfte in gewissem Sinne auch ein Opfer des Krieges geworden sein. Denn die Einschränkungen in der Lebenshaltung ermöglichten ihm nicht, eine Lebensweise zu führen, wie sie für sein 71jähriges Leben notwendig war. Und wenn erst heute über Personen in so vorgeschrittenem Alter eine Krankheit kommt, so ist es in der Regel um sie geschehen. Wir verlieren in Kollegen Silberstein einen Mann mit warmfühlendem Herzen für die Sorgen und Drangsale der Textilarbeiter. Er war stets ein gerecht handelnder Kollege und hilfsbereiter Kamerad, den wir in hohem Andenken bewahren werden. Friede seiner ewigen Ruhe!

Beichlagnahme von Spinnpapier und Papiergarn.

Die von dem Kriegsausschuß für Textilfabrikstoffe schon vor einiger Zeit angekündigte umfangreiche Beichlagnahme von Spinnpapier und Papiergarn ist nunmehr durch Verordnung vom 23. Oktober erfolgt und sofort in Kraft getreten. Beichlagnahme ist jetzt:

1. alles Spinnpapier;
2. alles Papiergarn, Zellstoffgarn, alle Papierbindfäden, welche aus Spinnpapier allein oder unter Mitwirkung von Fasern hergestellt sind, soweit sie nicht zur Zeit des Inkrafttretens der Bekanntmachung im Besitze von Händlern oder Webern sich befinden. Ausgenommen von dieser Bekanntmachung sind Erzeugnisse, die aus Papier oder Vassfajern bestehen.

Bis zum 5. November ist noch Veräußerung und Lieferung von Spinnpapier sowie reiner Sulfatgarne, soweit sie aus Papier von mindestens 40 Gramm im Quadratmeter hergestellt und größer als Nr. 4 sind, gestattet. Windaftend darf außer von Firmen, die ihn herstellen, noch weiter verkauft werden, d. h. also Großhändler und Kleinhandwerker können nach wie vor Papierbindfäden verkaufen.

Die Kriegsstoffabteilung, Sektion Waga, beabsichtigt, wie wir hören, der aufblühenden Industrie der Papiergewebefabrikation, soweit diese dringende Bedarfsgegenstände herstellt, noch weiter ausreichend Garn zur Verfügung zu stellen und größere Mengen Garn zu Zwecken der Herstellung von Papiergeweben auch weiterhin freizugeben.

Wir können nur wiederholen, was wir mit anderen Worten an anderer Stelle schon gesagt haben, nämlich, daß es ein himmelstreichender Skandal ist, daß wir dahin gekommen sind, daß eine so aufblühende Industrie, wie die Papiergarnindustrie, in solche Produktionschwierigkeiten gebracht worden ist. Erst hat man 7 Monate jede Einfuhr von Zellulose verboten und nun haben wir die Beichlagnahme der Rohstoffe der Papiergarnindustrie, die naturgemäß alle Maßnahmen dieser Industrie zur Versorgung von Volk und Meer stört, durchkreuzt und erschwert. In Schweden erstickt man geradezu in Zellulose, aber sie wurde von uns ferngehalten. Den Segen davon haben die deutschen Sulfatzellulosefabrikanten, deren Industriewerte enorm gestiegen sind.

Man komme uns nicht damit, daß die Einfuhr zurückgehalten worden sei aus Rücksicht auf die Preise und die Valuta. Wir wären sonst in der Lage zu zeigen, daß man darauf nicht die Rücksicht genommen hat, die sich in Schweden von selbst bot. Es wird Zeit, daß an den maßgebenden Stellen einmal gründlich hinter die Vorhänge geleuchtet wird.

Soeben, wo wir das schreiben, erscheint ein Herr in unserer Redaktion, der uns ganz entriistet die Mitteilung von großen Schiebungen im Handel mit Schweizer Seidenstoffen macht. Die Einfuhr von Seidenstoffen nach Deutschland ist verboten, weil wir dafür jetzt kein Geld haben. Was machen aber die deutschen Seidenhändler? Die beziehen die Seide aus der Schweiz auf dem Wege über Oesterreich! Bis Mitte November sollen für 30 Millionen Mark solche Seidenwaren hereinkommen nach Deutschland; der Meter zu 30 Mk. Bedenkt man, daß daraufgeschlagen werden 33 Proz. Gewinn des Großhändlers und 33 Proz. Gewinn des Detaillisten, so kostet der Meter dieser über Oesterreich kommenden Seide den Konsumenten rund 54 Mk. Wer kann solche Seide kaufen? Nur die reichen Wucherer und Kriegsgewinnler. Für deren Luxuskleidung werden also 30 Millionen ins Ausland geschickt. Aber zur Einfuhr von Zellulose für die Bekleidung der armen Bevölkerung fehlt es an Devisen. Wir fragen die maßgebenden Stellen: Sind ihnen diese kolossalen Schiebungen bekannt? Wer beschafft die Devisen für diese ungeheure Summe; oder wird gar Gold dafür ins Ausland geschickt. Die Wucherei des Handelskapitals sinkt zum Simmell. Bei uns müssen die Textilfabriken stillgelegt werden, weil es angeblich an Devisen fehlt, um die Rohstoffe einzuführen, und auf der anderen Seite wird für 30 Millionen Mark Luxuskleidungsstoffe aus dem Ausland geholt. Wir haben dieser Tage gelesen, daß wir auch den Oesterreichern mit Devisen auszuweichen müssen. Da klingt es höchst sonderbar, daß dort 30 Millionen flüssig sind zur Einfuhr von Luxuswaren. Wir fordern: **Geh nach dem Rechten!**

Eine Konferenz der Papierbandwirker Deutschlands.

Zu den Wirtschaftsgebieten, die durch den Krieg in ihren wichtigsten Existenzgrundlagen bedroht werden, gehört die Textilindustrie. Es ist die Rohstofffrage, die hier eine entscheidende Rolle spielt; nach dem Krieg ist es sehr fraglich, ob wir a. B. genügend Baumwolle herbeikommen und schon jetzt macht sich dieser Mangel empfindlich fühlbar.

Die Technik hat deshalb hier nach Ersatzstoffen gesucht und ist es besonders das Papier, das für die verschiedensten Verwendungszwecke berufen zu sein scheint, als Rohmaterial der textilen Verarbeitung zu dienen. Die Textilindustrie hat sich auf diese neue Produktionsaufgabe umschalten müssen, fieberhaft ist daran gearbeitet worden, neue Produktionsmethoden zu schaffen und nun einen in seiner Art wichtigen wirtschaftlichen Verteidigungskrieg gegen englische Vernichtungspläne zu führen.

Es ist nun auch das ein Kriegsergebnis, daß auf solchen neugeschaffenen Produktionsgebieten die gewerkschaftliche Arbeit tatkräftig einsetzt. Die Gewerkschaften dürfen sich von dieser Entwicklung nicht überlassen lassen, sie müssen rechtzeitig in den Kampf um Arbeitslohn und Arbeitsleistungen einsteigen.

Auch die Papierbandwebereien machen jetzt eine Periode der Hochkonjunktur durch. Nach den neuen Produkten ist ein großer Bedarf, der Wirtschaftszweig ist ungeheuer ausdehnungsfähig und noch läßt sich nicht abschätzen, was wir alles jetzt und für die Zeit nach dem Kriege aus Papier hergestellt erhalten. Auch in Fachkreisen rechnet man damit, daß Papier als textiler Rohstoff dann noch bleiben wird, wenn wirklich später, durch den Kriegsausgang und durch Handelsverträge bedingt, wieder Baumwolle zur Einfuhr gelangt.

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die davon betroffenen Arbeiter und Arbeiterinnen zeigen dagegen jetzt ein Bild vollkommener Regellosgkeit. Die Verdienste sind sehr schwankend und in den verschiedenen Betrieben ungleich, es besteht deshalb die Gefahr, daß bei einem später eintreffenden Preiskampf, den nach einem Niedergang der jetzigen Hochkonjunktur die Firmen untereinander auszukämpfen haben, die Arbeiterschaft benachteiligt wird. Der Betrieb, der die niedrigsten Löhne zahlt, wird dann der Normalbetrieb. Eine erfolgreiche Gegenmaßnahme ist deshalb nur durch die Schaffung eines einheitlichen Tarifvertrages durchzuführen.

Der Deutsche Textilarbeiterverband hatte deshalb nach Elberfeld die Vertreter sämtlicher Fabrikbetriebe der Papierbandindustrie aus ganz Deutschland zu einer Konferenz eingeladen, die bei Geiger, Neustraße, stattfand. Anwesend waren außerdem fast sämtliche Bezirksleiter des Verbandes, vom Verbandsvorstand nahm Karl Hübsch an den Verhandlungen teil.

Das einleitende Referat hielt der Bezirksleiter Kollege Steinbrink-Düsseldorf. Er zeigte an ganz interessanten Beispielen, besonders aus der Geschichte der Wuppertaler Bandwirker, daß es in Zeiten der Hochkonjunktur den Bandwirker nicht immer gelang, die Löhne halten zu können, weil man es unterließ, durch Tarifverträge Regel und Ordnung zu schaffen. Die Hochkonjunktur ging vorüber und in den Zeiten einer schlechten Krise trat eine umfangreiche Reduzierung der Löhne ein, die nicht nur für die Arbeiter selbst von schweren Folgen gewesen ist, sondern auch auf die Qualität und Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Industrie ihre Wirkung hinterließ. Es sei daher notwendig, gerade jetzt bei der Entstehung und der ersten Entwicklung der Papierbandindustrie durch Tarifverträge geregelte Verhältnisse zu schaffen. Freilich müssen hinter einer solchen Arbeit des Verbandes auch die Mitglieder stehen, die der Aktion ihre Geschlossenheit geben und erhalten.

Den zweiten Vortrag hielt der Bevollmächtigte der Ortsverwaltung von Barmen-Elberfeld, Dr. Struck.

Er gab im Auftrage der Tarifkommission eine eingehende Begründung und Erläuterung zu der Ausarbeitung eines Tarifvertrages, der von den verschiedenen Betrieben mit den Unternehmern zum Abschluß gebracht werden soll.

Die Betriebsleitungen messen die Arbeitslöhne auf Grund von Normalwerten, nach Ketten und Schußberechnungen, nach der Breite des Bandes, der Fadenzahl und Garnnummer der Ketten und was dergleichen Momente mehr sind. Auf Grund dieser Tabellen werden die Lohnkalkulationen zusammengestellt. Wir haben ja bereits vor dem Kriege in den modernen Betrieben das Bestreben immer klarer hervortreten sehen, ähnlich der Betriebspraxis in der Metallindustrie, sich sorgfältig arbeitende Kalkulationsbureaus einzurichten. Auch die Wuppertaler Textilfabrikanten haben sich in ihren Unternehmerversammlungen mit diesem Thema eingehend beschäftigt und von den Sachleuten darüber Vorträge halten lassen. Die Bedeutung dieser betriebsorganisatorischen Verfeinerung liegt darin, daß der Produktionsprozeß rechnerisch genau überschaut werden kann, daß bei der Fixierung der Arbeitslöhne sorgfältige rechnerische Unterlagen im Betriebsbureau vorhanden sind.

Ebenso haben die Grundzüge der „wissenschaftlichen Betriebsführung“ für die hiesigen Unternehmungen längst nicht mehr den Reiz der Neuheit, und mit Recht ist von Steinbrink sowohl wie von Struck hervorgehoben worden, daß man hier ebenfalls anfängt, mit dem Prinzip des „Parade-arbeiters“ zu arbeiten, des Reformarbeiters, der auf Grund von Leistungsuntersuchungen mit der Stoppuhr Höchstleistungen herzugeben hat, die nachher als Normalleistungen fixiert werden.

Wir stimmen dem Redner darin zu, wenn er trotz der klaren Herausarbeitung der wichtigsten Berechnungsgrundlagen in seinem Referat ausführt, daß immer noch „Kautschufestimmungen“ übrig bleiben, die durch den Tarifvertrag nicht erfaßt werden konnten, sondern auf dem Wege von Verhandlungen zwischen den Vertretern der Betriebe und der Betriebsleitungen geregelt werden müssen. Das trifft vor allen Dingen zu bei Arbeiten, die außerhalb der normalen Fabrikation liegen, bei neuen Mustern, oder in Fällen, bei denen der Wandstuhl nicht normal befestigt werden kann. Und deshalb unterstreichen wir auch die Schlußausführungen von Struck, daß die praktische Brauchbarkeit des vorliegenden Entwurfes dieses Tarif-

vertrages nach wie vor eine glatte Nachfrage sein muß. Der Verband ist der vertragsschließende Kontrahent, hinter der Organisation muß eine möglichst geschlossene Zahl der Mitglieder stehen. Es müssen sich alle Textilarbeiter und -arbeiterinnen organisieren, damit die Bedingungen des Tarifvertrages „auf der Spitze des Speers“, d. h. durch die geschlossene Macht der Organisation zur Durchführung gelangt.

Neben dieser Nachfrage aber wird es sich auch hier für die Papierbandarbeiter und -arbeiterinnen des ganzen Reiches darum handeln, daß die Erziehungsfrage gelöst wird. Die Vertrauensleute der einzelnen Betriebe müssen in der Lage sein, von Fall zu Fall über die Kalkulationsfragen sachkundig mit ihrem Unternehmer verhandeln zu können. Es kommt auch hier die alte Forderung zum Ausdruck, die bei uns in Deutschland zuerst für die Metallindustrie verhältnismäßig am weitesten ihre Verwirklichung gefunden hat: dem Betriebsbeamten, der für den Unternehmer kalkuliert, muß der Arbeitervertreter gegenüberstehen, der imstande ist, die vom Betrieb aufgestellten Kalkulationen in der Kalkulation ebenfalls sachkundig nachzuprüfen.

Gerade dieser Teil der Ausführungen von Struck war recht interessant. Der Redner zeigte, wie an der Hand der einzelnen Grundtabellen des Tarifvertrages die Preisberechnungen aufzustellen sind und so gab er einen Anschauungsunterricht davon, wie die Vertrauensleute nach diesen Unterlagen in ihren Betrieben selbst die Arbeit berechnen können und jeder einzelne Arbeiter nachprüfen kann, ob der Arbeitslohn, den er für eine Ware bekommt, den Bedingungen des Vertrages entspricht oder nicht. Der Verband wird dieses Material in Form einer besonderen Broschüre noch gedruckt herausgeben, so daß auch hier für genügende Belehrung und Aufklärung gesorgt wird.

Die nachfolgende Diskussion beschäftigte sich kritisch mit einigen Einzelbestimmungen des Tarifvertrages, und möchten wir noch hervorheben, daß der Vertreter des Verbandsvorstandes, Kollege Karl Hübsch, den Standpunkt vertrat, die Papierindustrie wird auch nach dem Kriege noch nicht aufhören, sondern wir werden damit zu rechnen haben, daß dieser Wirtschaftszweig nicht verschwindet, sondern im Gegenteil weiter ausgebaut wird, daß also der erste vorliegende Tarifvertrag dieser Konferenz eine bleibende Bedeutung behalten wird.

Nachfolgende Resolution wurde einstimmig zum Beschluß erhoben:

Die am 21. Oktober 1917 im Reichshof, Elberfeld, tagende Konferenz der Papierbandarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands hält es angesichts der sehr unterschiedlichen Löhne in der Papierbandindustrie Deutschlands für dringend erforderlich, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einheitlich und angemessen in Form von Organisation zu Organisation abgeschlossener Tarifverträge geregelt werden.

Die Konferenz empfiehlt und erwartet von der Arbeiterschaft in der Papierbandindustrie Deutschlands, daß sie mit allem Nachdruck bestrebt ist, den vorliegenden Tarifvertragsentwurf in den Betrieben zur Durchführung zu bringen.

Von den in Betracht kommenden Behörden erwartet die Konferenz Förderung und Unterstützung dieser Bestrebungen.

Da auf lange Zeit nach Beendigung des Krieges an eine Milderung der gegenwärtigen Steuerung nicht zu denken ist, so ergibt sich daraus die Notwendigkeit, die Tarifverträge über die Dauer des Krieges hinaus abzuschließen.

Um die Möglichkeit der Tarifdurchführung zu gewährleisten, erwartet endlich die Konferenz von der Arbeiterschaft den restlosen Beitritt zum Deutschen Textilarbeiterverband; die Delegierten verpflichten sich — und erwarten dies auch von den organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen —, eine umfassende Werbetätigkeit für den Verband zu entfalten.

Zur Erwerbslosenfürsorge.

In der Sitzung des Gesamtstadtrats zu Delmenhorst vom 11. Oktober 1917 wurde über folgenden Antrag der Textilarbeiterfürsorgekommission beraten:

1. Die Bestimmungen über Kriegsursorge für Arbeiter der Textilindustrie werden wie folgt geändert:

a) Im § 5 Absatz 1 ist an Stelle der Worte „verdient wurde, zuzüglich 25 Proz.“ zu setzen: „verdient wurde, zuzüglich 50 Proz.“

b) Der § 6 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

Die Unterstützungssätze betragen für die Stunde Lohnausfall bei einem Alter von 14—16 Jahren 22 Pf. (bisher 16 Pf.), bei einem Alter von 16—21 Jahren für männliche 28 Pf. (bisher 22 Pf.), bei einem Alter von 16—21 Jahren für weibliche 25 Pf. (bisher 18 Pf.), bei einem Alter über 21 Jahre für männliche Ledige 35 Pf. (bisher 25 Pf.), bei einem Alter über 21 Jahre für weibliche Ledige 30 Pf. (bisher 20 Pf.), bei einem Alter über 21 Jahre für männliche Verheiratete 40 Pf. (bisher 30 Pf.), bei einem Alter über 21 Jahre für weibliche Verheiratete 30 Pf. (bisher 20 Pf.). Zuschlag für Kinder 5 Pf. (bisher 3 Pf.), Zuschlag für Angehörige 5 Pf. (bisher 3 Pf.).

2. Diese Änderungen treten am 1. Oktober 1917 in Kraft.

Gründe: Die Erhöhung der Sätze, wie vorgeschlagen, ist bei den heutigen Steuerungsverhältnissen notwendig. Die Erhöhungen sind von den Arbeitgebern und von dem Ausschuß der Textilarbeiterfürsorge einstimmig gutgeheißen. Bei der Beratung wurde vom Stadtratmitglied Schömer darauf hingewiesen, daß die jetzt in Vorschlag gebrachten Sätze den jetzigen Steuerungsverhältnissen noch nicht voll entsprechen, trotzdem sei es zu begrüßen, daß mindestens in etwas eine Erhöhung vorgezogen sei. In Anbetracht der Tatsache, daß der Gesamtstadtrat nicht allein für die Erhöhung der Sätze maßgebend sei, sondern es auch der Zustimmung des Ausschusses, der Herren Arbeitgeber und des Ministeriums dazu bedürfe, könnten wir uns damit einverstanden erklären, daß diese neuen Sätze vom 1. Oktober ab zur Auszahlung gelangen. Es müsse aber auch weiterhin der Steuerungsrechnung getragen werden, und werde deshalb be-

antragt, den Stadtmagistrat zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die Sätze noch weiter erhöht werden, und zwar: in der Reihenfolge von oben von 22 auf 25 Pf., von 25 auf 32 Pf., von 25 auf 28 Pf., von 32 auf 40 Pf., von 30 auf 35 Pf., von 40 auf 50 Pf., von 30 auf 35 Pf.

Diesem Antrage wurde zugestimmt. Vom 1. Oktober ab treten demnach die neuen Sätze in Kraft. Hoffentlich gelingt es in der nächsten Zeit, die übrigen zuständigen Instanzen von der Notwendigkeit der weiteren Erhöhung zu überzeugen.

Der § 5 der Bestimmungen lautet jetzt: Unterstützung wird für die Zeit der Beschäftigungslosigkeit gewährt. Die Gesamteinnahmen einschließlich der zu zahlenden Unterstützungen sollen in keinem Falle mehr betragen als der Durchschnittslohn, der im ersten Halbjahr 1914 im gleichen Zeitraum verdient wurde, zuzüglich 50 Proz.

Wenn nun auch momentan nicht viele Personen für diese Erhöhung in Betracht kommen, weil die meisten Textilarbeiter entweder anderweitige Beschäftigung gefunden haben oder auch in den Textilbetrieben voll arbeiten, so kann doch über kurz oder lang wegen weiteren Warenmangels doch wieder eine größere Beschäftigungslosigkeit in Erscheinung treten. Für die dann betroffenen Personen ist diese Erhöhung immerhin zu begrüßen.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen werden ersucht, darauf zu achten, daß die getroffenen Bestimmungen auch eingehalten werden. In jedem einzelnen Falle, wo die Bestimmungen nicht eingehalten werden, ist in unserem Bureau, Mühlenstraße 50, Mitteilung zu machen, damit für Abhilfe gesorgt werden kann.

In Reichenbach i. B. ist die „Arbeitslosenfürsorge“ auf den Kopf gestellt: bei schlechtem Arbeitsmaterial haben Arbeitsbeschäftigte nur dann auf Unterstützung zu rechnen, wenn 58 Stunden in der Woche gearbeitet ist. Früher bekam man Erwerbslosenunterstützung, wenn man nicht voll arbeitete, jetzt nur, wenn man 58 Stunden geschuftet, aber trotzdem einen Hungerlohn verdient hat. O ja, wir machen Fortschritte! Es sind bisher aus der Kasse der Textilarbeitslosenfürsorge in der Stadt Reichenbach i. B. ausbezahlt worden:

Table with 2 columns: Year, Amount. 1915: 25 180,01 Mf. 1916: 500 002,57 Mf. Halbjahr 1917: 371 828,87 Mf.

Sa. bis 1. Juli 1917 897 011,45 Mf.

Die Unterstützung in den drei Städten Reichenbach, Mhlau, Neißchkau betrug in diesem Jahre in

Table with 4 columns: Month, Reichenbach, Mhlau, Neißchkau. Months from Jan to Sep. Total for each city at the bottom: Reichenbach 494 837,47; Mhlau 343 706,91; Neißchkau 214 748,56.

Die Textilfirma Beutler in Reichenbach i. B. tut sich besonders hervor in dem Verlangen auf Einhaltung der vollen 58stündigen Arbeitswoche. Gegen dies Ansinnen, am Sonnabendnachmittag wieder zu arbeiten, demonstrierten die Beschäftigten, indem sie täglich nur 9 Stunden und am Sonnabendnachmittag nicht arbeiteten.

Die Firma hat daraufhin durch Anschlag bekanntgegeben, daß Zuschußunterstützung aus der Textilarbeitslosenfürsorge nur dann bei Anspruchsfällen gezahlt werde, wenn die 58stündige Arbeitswoche erfüllt sei; über letzteres hat die Firma eine Bescheinigung auszustellen.

Gibt es zwei Arten von Kriegerfrauen?

Ja wohl, die gibt's. Die eine Art, sie bildet die große Mehrheit der Kriegerfrauen, besteht aus den Frauen der zum Kriegsdienst eingezogenen Arbeiter, die nichts weiter zum Lebensunterhalt haben wie die magere Unterstützung, und die andere Art, eine kleine Minderheit, besteht aus den Frauen der öffentlichen Beamten, die fast alle das frühere Einkommen ihres Mannes weiterbeziehen. Kriegerfrauen der ersteren Art, wohl an tausend, hatten sich am 16. Oktober cr. im Gashof in Leubnitz-Werda zu einer Protestversammlung zusammengefunden. Der Referent, Genosse Rößel aus Blauen, erläuterte in leichtverständlicher Weise die Bestimmungen der Kriegsfürsorge für die Kriegsteilnehmer und deren Hinterbliebenen. Er wies an der Hand von Beweismaterial darauf hin, daß bei den fortwährenden Preissteigerungen aller Lebensmittel und Bedarfsartikel die bisher gezahlten Kriegsunterstützungen völlig unzureichend sind und deshalb erhöht werden müssen. Bei den gegenwärtigen Sätzen sind die Familien der bittersten Not preisgegeben. In der Diskussion wurde von mehreren Frauen auf das rücksichtslose Verhalten mancher Gemeindebevollmächtigten und Gemeinbeamteten hingewiesen. Es wird geklagt, daß Kriegerfrauen durch die unzureichende Unterstützung gezwungen sind, in die Fabrik zu gehen, um ihr Einkommen mit den notwendigen Ausgaben annähernd in Übereinstimmung zu bringen. Wenn sich die Familien in noch so großer Not befinden, kümmert sich kein Auge des Gesetzes darum, ob sie im Elend verkommen, langsam verhungern oder, was noch schlimmer ist, ob sie dem Verbrechen in die Arme getrieben werden. Greift aber eine Kriegerfrau zu anderer Hilfe, versucht sie ihr Einkommen durch Arbeitsaufnahme in der Rüstungsindustrie oder sonst einer Fabrik zu erhöhen, wo sie dann 12 bis 15 Mf. pro Woche verdient, flugs ist der Beamtenapparat in Tätigkeit. Dann wird sofort nachgewiesen, daß jetzt keine Bedürftigkeit mehr vorhanden sei. Es wird dann gewöhnlich die Kriegsunterstützung gekürzt, in vielen Fällen sogar gänzlich entzogen. Dieses Vorgehen der Behörden der Arbeiterklasse gegenüber wird als eine furchtbare Härte empfunden, denn zu den sogenannten besseren Frauen (Beamtenfrauen), die fast ausnahmslos das volle Gehalt ihres zum Seeresdienst eingezogenen Mannes weitergezahlt erhalten, kommt sicherlich kein Polizeibeamter und sagt: „Sie müssen Ihr Dienstmädchen entlassen, Sie müssen sich den Verhältnissen anpassen, Sie müssen sich Ihren Lebensunterhalt

selbst verdienen.“ Auch die sonstigen Sparvorschriften, die der arbeitenden Bevölkerung immer und immer wieder vorgehalten werden, hält man jener zweiten Art Kriegerfrauen nicht vor. Eine Diskussionsrednerin brachte eine Wirtschaftskalkulation von einer dreiköpfigen Kriegerfamilie zur Verlesung. Die monatliche Kriegsunterstützung beträgt 37 Mf. Die Ausgaben betragen aber 56,53 Mf., trotzdem die Kriegervrau nicht einmal das volle Quantum der ihr zustehenden rationierten Lebensmittel gekauft hat. Eine Neuananschaffung an Bedarfsgegenständen war nicht darin enthalten. Also Einnahme 37 Mf., Ausgabe 56,53 Mf.; mithin eine Schuld von 19,53 Mf. in einem Monat. So kann es nicht fortgehen, denn dem draußen in Feindesland kämpfenden Kriegsteilnehmer wird es schwer werden, auf seinem gefährvollen Posten auszuharren, wenn er zu Hause seine geliebte Familie der bittersten Not preisgegeben sieht. Es wird den Kriegervrauen durch unzählige Rat schläge ans Herz gelegt, sich nicht über die traurigen Verhältnisse in der Heimat, in Briefen an Angehörige im Felde zu äußern. Können wir es aber der armen schwergeprüften Frau verargen, wenn sie einmal ihrem kummervollen Herzen Luft macht. Diese Zustände sind unhaltbar und müssen beseitigt werden. Die Unterstützungen müssen so weit erhöht werden, daß es den Familien möglich ist, in dieser schweren Zeit durchzuhalten. Die Entziehung der Unterstützung, wenn eine Frau mit auf Arbeit geht, ist eine unerhörte Härte und muß unterbleiben. Das ist gerechtfertigt und liegt im Interesse des Vaterlandes selbst.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat den Antrag gestellt, die Unterstützungssätze um 50 Proz. zu erhöhen. Ein entsprechender Antrag ist vom Haushaltsausschuß angenommen worden und wird im Dezember vom Reichstag selbst angenommen werden. Ebenso ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, die Renten der Kriegsbeschädigten und der Hinterbliebenen beträchtlich zu erhöhen. Es muß alles getan werden, um das traurige Los der Kriegerfamilien erträglich zu gestalten.

Aus der Textilindustrie.

In Beutlers Webereibetrieben in Reichenbach i. B. war wegen unerledigter Differenzen in der Arbeitszeit und in der Lohnfrage ein Streik ausgebrochen. Die Kriegsamtsstelle Leipzig, die um Vermittelung angegangen worden war, stellte zur Bedingung der Vermittelungsübernahme die sofortige Aufnahme der Arbeit. Gleich nach dieser Mitteilung des Kriegsamtes erschien auch ein Vertreter derselben, der mit dem Arbeiterausschuß, mit unserem Geschäftsführer, mit dem Bürgermeister und auch mit der Firma verhandelte.

Er wird Erkundigungen einziehen aus dem königl. Ministerium, ob dem Stadtrat zu Reichenbach i. B. das Recht andie Hand gegeben sei, Erfüllung der 58stündigen Arbeitswoche in der Textilindustrie zu fordern; resp. Zuschußunterstützung aus der Textilarbeitslosenfürsorge von Erfüllung der 58stündigen Arbeitswoche abhängig zu machen.

Der Kriegsamtsvertreter bezweifelt jetzt schon, daß seitens des Ministeriums Anweisungen zu solchen Auslegungen vorliegen.

Er sicherte zu, daß in den Verhandlungen nach Wiederaufnahme der Arbeit auch die Lohnfrage geprüft werde. Er meint, für die Arbeitsaufträge würden solche Preise bezahlt, daß auch bei weniger als 58stündiger Arbeitswoche auskömmliche Arbeitslöhne gezahlt werden könnten.

Die streikenden Weber und Weberinnen wurden auf Freitag nachmittag befreit — ohne Weisem des Kriegsamtsvertreters — zur Beschlußfassung für vorläufige Wiederaufnahme der Arbeit.

Der Filialgeschäftsführer, Kollege Hansold, und der Gauleiter rieten dazu an, den Wunsch der Kriegsamtsstelle zu erfüllen, die Arbeit geschlossen am Sonnabend, den 27. Oktober früh, wieder aufzunehmen. Als sie zufügten, daß an diesem Sonnabend (27. Oktober) dann auch nachmittags gearbeitet werden solle, kam große Enttäuschung besonders von den Weberinnen zum Ausdruck.

Schließlich wurde aber doch nach genügender Aufklärung über den gegenwärtigen Stand der Bewegung einstimmig beschlossen, den Wunsch der Kriegsamtsstelle zu erfüllen und die Arbeit aufzunehmen. Man hofft, daß es der Kriegsamtsstelle gelingen möge, bevor der nächste Sonnabend herankommt, eine Einigung über Regelung der Arbeitszeit sowie Neuregelung der Lohnfrage oder Unterstützungsfrage herbeizuführen.

Der Arbeiterausschuß wurde beauftragt, diesen Beschluß dem Herrn Beutler mitzuteilen.

Nach Rückkehr des Arbeiterausschusses berichtete dieser, daß Herr Beutler ein sehr freundliches Gesicht bei Ueberbringung dieses Beschlusses gezeigt habe. Jeder solle nun wieder an seinen Arbeitsplatz in zufriedener Weise tätig sein. Die Heberien müßten nun aufhören, die von auswärts in seine Arbeiterklasse getragen worden sei. Herr Beutler tat so, als ob mit dem Beschluß der Wiederaufnahme der Arbeit alles erledigt sei und fügte höhnisch hinzu: „Was habt Ihr nun erreicht? Dazu war eine Arbeitsniederlegung nicht nötig!“

Der Arbeiterausschuß hat dann Herrn Beutler den Zusammenhang der Wiederaufnahme der Arbeit mit der von der Kriegsamtsstelle Leipzig gestellten Bedingung, daß dann erst Verhandlungen einsetzten könnten, klargemacht.

Für die nun folgenden Verhandlungen werden der Kriegsamtsstelle eine Anzahl Lohnstatistiken zur Verfügung gestellt.

Eine Lohnbewegung abgeschlossen wurde in Aachen. In Nr. 38 des Fachblattes vom 21. September berichteten wir von einer Forderung der Arbeiterausschüsse an den Arbeitgeberverband der Textilindustrie zu Aachen über 50 Proz. Lohnerhöhung. Die Ausschüsse hatten die Organisationsvertreter mit der Vertretung der Forderung beauftragt. Seit dem 8. Oktober liegt folgendes Ergebnis vor:

Die Arbeitgeber erkennen die Notwendigkeit einer wesentlichen Erhöhung der bisherigen Löhne als berechtigt an. Unter Fortfall der bisher gezahlten Kriegsteuerungszulage, die in den einzelnen Betrieben ganz verschieden war, soll ein prozentualer Lohnzuschlag gezahlt werden, so daß ein einheitlicher Lohn für die verschiedenen Arbeiterkategorien in allen Betrieben erzielt wird. Der so errechnete Stundenlohn soll als Mindestlohn Geltung haben, d. h. in den einzelnen Kategorien darf nicht weniger als der unten näher angegebene Stundenlohn verdient werden, es schließt nicht aus, daß mehr verdient werden kann. Der Durchschnittslohn soll demnach betragen:

- 1. Weber und Weberinnen . . . 62—65 Pf.
2. Ganz alte Weber und an schmalen Stühlen . . . 55—60 ..
3. Alle männl. Schwerarbeiter . . . 65 ..
4. Alle männl. Leichtarbeiter . . . 55 ..
5. Krempeler und Wolfer . . . 40—45 ..
6. Fadner . . . 35—40 ..
7. Stöpperinnen . . . 50—55 ..
8. Fäherinnen . . . 40—50 ..
9. Zuschärerinnen . . . 40—45 ..
10. Kettenführerinnen . . . 45—50 ..
11. Zwirnerinnen . . . 40—45 ..
12. Jüngere Mädchen . . . 30 ..

Diese Stundenlöhne verstehen sich also als Durchschnittsmindestlöhne in den einzelnen Abteilungen und Betrieben. Der prozentuale Lohnzuschlag ist demnach verschieden. Wo z. B. bis jetzt in den einzelnen Abteilungen einer Fabrik ein niedriger Durchschnittslohn erzielt wurde, da ist selbstverständlich der neue Lohnzuschlag am höchsten. Mit dieser Neuierung ist Einheitlichkeit und System in das bisherige Durcheinander gebracht worden. Die nächste Zukunft wird lehren, wie die Arbeiter dabei fahren.

Wünscht die Textilarbeiterschaft die durchgehende Arbeitszeit? Diese Frage soll in den kommenden Tagen im Gau Era durch Abstimmung unter den Arbeitern und Arbeiterinnen entschieden werden. In erster Linie sollen die Arbeiterausschüsse, Vertrauensleute und Verbandsfunktionäre zu dieser Frage Stellung nehmen. Es soll da die Frage debattiert werden, ob man für die durchgehende Arbeitszeit sein kann, wenn sie beginnt früh 7½ Uhr, Mittagspause von 12 bis 12½ Uhr und Schluß nachmittags 4 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends, wo um 1 Uhr nachmittags Schluß gemacht, d. h. bis dahin durchgearbeitet werden soll. Die Akford- und Zeitlöhne sind natürlich so zu erhöhen, daß eine Lohn einbuße durch die Verkürzung der Arbeitszeit nicht eintritt. Der Vorschlag soll auch nur dann verwirklicht werden, wenn er in allen Industrien Zustimmung findet und auch die Lehrstunden der Schulen so gelegt werden, daß in den Familien gemeinsame Mahlzeiten möglich sind.

In den Versammlungen und Besprechungen, welche sich mit dem Vorschlag für durchgehende Arbeitszeit befaßigten, soll in den Vordergrund gerückt werden, daß durchgehende Arbeitszeit nicht allein wegen Ersparnis von Betriebskosten erstrebenswert sei, sondern daß diese Frage auch ohne Dazwischenkommen des Krieges für die Arbeiterklasse aktuell geworden wäre; man soll nicht an alten Gewohnheiten kleben; man soll Neuerungen zustreben, wenn diese das Arbeitsverhältnis erträglicher gestalten. Und das ist zweifellos eine Verkürzung der Arbeitswoche auf 45½ Stunden in der Woche.

Eine veränderte Arbeitszeit muß in den nächsten Wochen im Bezirk Reichenbach-Dangenbielau eingeführt werden, weil ein Maschinendefekt in Wölke, von wo die Betriebe unserer Gegend die elektrische Energie beziehen, dazu zwingt. Mit einer Vertretung der Kriegsamtsstelle Breslau und der Gewerbeinspektion wurde in gemeinsamer Sitzung der Arbeiter und Unternehmer in Reichenbach beschlossen, einen Feiertag in der Woche zu behalten, aber diesen für die einzelnen Firmen verschieden zu legen, um die Möglichkeit zu bekommen, die für jeden Tag vorhandene elektrische Energie voll auszunutzen. Bemerkte sei noch, daß die Menderung nur gilt, soweit die Fabriken elektrischen Antrieb haben, und ferner gilt die Menderung nur so lange, bis die Reparatur in Wölke beendet ist. Es wird in den nächsten Wochen gefeiert bei Dierig (ein Teil) und Fröhlich Montags; bei Maurthner und Dierig (ein weiterer Teil) Dienstags; bei Sain, Cohn und Ruhe (Waldig) Mittwochs; bei Zimmermann, Postpichiel, Thiel, Alter, Steiner, Exleben (beide Betriebe), Reichmann, Göze, Färberei und Bleicherei Oberlangenbergelau Donnerstags; Weyl u. Nassau Freitags und bei Guesker, Fleischer und Rosenberger Sonnabends. Von den Frauen Strauß und Scheer sowie von Feldmann und Scholz wurde der durch die Verhältnisse bedingten Menderung zugestimmt, aber auch die Wichtigkeit der Freihaltung des Sonnabends betont und die Erwartung ausgesprochen, daß sobald als möglich der Sonnabend allgemein wieder frei sei. Dies wurde zugesichert. Die Menderung sei nur, um trotz des Defekts in Wölke die Produktion in bisheriger Höhe aufrechtzuerhalten.

Unter den Textilarbeiterinnen sollen Werbekräfte für Erhöhung des Mitgliederstandes gewonnen werden.

Die Konferenz der Filial-Geschäftsführer aus dem Gau Era brachte am 20. Oktober 1917 in Gößnitz in Erinnerung, daß auf Grund eines Beschlusses der weiblichen Delegierten gelegentlich der außerordentlichen Verbands-Generalversammlung in Mugsburg nach Rückkehr aus Mugsburg in allen größeren Filialen weibliche Agitationskommissionen gegründet werden sollten.

Größere Filialen, die den Beschluß noch nicht erfüllt haben, ersuchen wir, das Veräumte baldmöglichst nachzuholen und dem Gauleiter die Adressen der weiblichen Werbekräfte mitteilen zu wollen.

Es ist beabsichtigt, für die weiblichen Agitationskommissionen in Glauchau, Meerane, Werda und Crimmitschau für Sonntag, den 18. November 1917, im Konsum-Restaurant zu Crimmitschau, eine Konferenz stattfinden zu lassen mit folgender Tagesordnung:

- 1. Die 45½stündige Arbeitswoche in der Textilindustrie mit folgender Tätigung: Beginn der Arbeitszeit früh

